

KP Griechenlands beging ihren 70. Jahrestag

(NW) Die griechischen Kommunisten begingen im Dezember vergangenen Jahres den 70. Jahrestag ihrer Partei. Die zentrale Festveranstaltung in Athen sowie eine Vielzahl von Manifestationen in verschiedenen Städten zeugten erneut vom Einfluß der KP Griechenlands auf das politische Leben des Landes.

Die Partei nahm das Jubiläum zum Anlaß, die geschichtlichen Erfahrungen ihres Kampfes gegen imperialistische Reaktion, Faschismus und Krieg, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt zu analysieren und Schlußfolgerungen für ihre gegenwärtige Politik zu ziehen. Der Generalsekretär des ZK, Harilaos Flprakis, hob in der Festrede hervor, daß das entscheidende Kriterium für die historische Leistung der griechischen Kommunisten in ihrem Beitrag zur Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit, der Demokratie und des Friedens bestehe. Als konsequenteste nationale Kraft trete die Partei heute für demokratische Freiheiten und Fortschritt in Griechenland ein. Die Kommunisten müßten sich zusammen mit anderen linken und fortschrittlichen Kräften und Bewegungen in jedem Mitgliedsland der EG für die demokratischen Rechte der Werktätigen, die Interessen der schwächer entwickelten Länder, eine fortschrittliche Umweltpolitik und die Verhinderung der Ausprägung militärpolitischer Aspekte der EG einsetzen. Durch die Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit müsse die Errichtung neuer ökonomischer und politischer Barrieren auf dem Kontinent verhindert werden.

Im Zusammenhang mit dem Jahrestag konnten bedeutende Fortschritte bei der Schaffung des

von der Partei angestrebten Linksbündnisses erreicht werden. Dieses versteht sie als Zusammengehen breiter sozialer und politischer Kräfte mit dem Ziel, in der gegenwärtigen zugespitzten innenpolitischen Situation Griechenlands für baldige Parlamentswahlen auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts zu wirken. Dabei müsse gleichzeitig der Kampf zur Abwehr der Gefahren einer neokonservativen Politik geführt werden. Wie inzwischen bekannt wurde, haben die KPG und die Partei „Griechische Linke“ in diesem Sinne ein gemeinsames programmatisches Dokument vereinbart, das als Grundlage für das Zusammenwirken aller linken und demokratischen Kräfte Griechenlands konzipiert ist.

Politbüro der KP Vietnams zur ideologischen Arbeit

(ADN/VNA) Das Politbüro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Vietnams hat die ideologische Arbeit analysiert. Einige Schlußfolgerungen wurden am 9. Dezember in der Tageszeitung „Nhan Dan“ veröffentlicht. Das Volk müsse über die Situation im Lande von Partei und Staat, von den Massenmedien und vom Bildungswesen vollständig und wahrheitsgemäß informiert werden, heißt es in den Schlußfolgerungen. Das Politbüro verweist auf erste Ergebnisse im Kampf gegen negative Erscheinungen in der Partei, im Staatsapparat und in der Gesellschaft. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Demokratie und der Offenheit im Parteileben, in staatlichen Angelegenheiten, in den gewählten Gremien und in der Presse betont. Die Demokratie müsse mit Disziplin und Gesetzestreue entfaltet werden.

Die ideologische Arbeit gelte es durch umfangreichere theoretische Arbeit und Auswertung von Erfahrungen zu verstärken, forderte das Politbüro. Die Massenmedien bedürfen einer gründlichen Erneuerung, und das Gesetz über die Presse müsse schnell ausgearbeitet werden. Das Politbüro beschloß die Bildung eines Komitees für ideologische Arbeit beim Zentralkomitee der Partei.

KP Irlands: Sektierertum im Norden überwinden

(NW) Die Kommunistische Partei Irlands betrachte den bewaffneten Kampf der Provisorischen IRA als Antwort auf die Repressalien der britischen Behörden als nicht förderlich für die Ziele des antiimperialistischen Kampfes, stellte der Generalsekretär der KP, James Stewart, jüngst in einem Artikel der Zeitung „Morning Star“ fest. Dieser Kampf führe nicht zur Schwächung des britischen Imperialismus, sondern helfe ihm objektiv, seine Positionen in Irland zu festigen. Ein Beweis dafür sei das britisch-irische Abkommen. Die Regierung des souveränen Irlands erkannte mit der Unterzeichnung des Abkommens von Hillsborough das „Recht“ Englands auf die Teilung der Insel im Jahre 1921 und auf seine Souveränität über Nordirland an, heißt es in dem Artikel. Im Norden sei das Sektierertum einer der Hauptfaktoren der Behinderung des antiimperialistischen Klassenbewußtseins der Arbeiter, stellt der Generalsekretär fest. Heute werde es offensichtlich, daß es unter den entstandenen Bedingungen unmöglich ist, den britischen Imperialismus militärisch zu besiegen. Deshalb wendeten sich die Kommunisten als Mitstreiter des antiimperialistischen Kampfes an die Provisorische IRA mit dem Aufruf, ihre Strategie und Taktik zu revidieren, ohne den Kampf aufzugeben.